

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für West-Deutsch-
land 16,- M. in voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für West-
deutschland sämtliche Postanstalten Deutschlands. Unter Umständen
bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.
jährlich Vorauszahlung, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M.
Verkauf, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 68.

Die abgeordneten Hauptstellen über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich
Zustellung. Klein-Anzeigen: Das fertige Drucke Wort 2,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Einzelne Anzeigen laut Tarif.
Werben-Kontingente und Stellen-Bezüge 3,20 M. netto pro Zeile. Einzel-Bezüge
in Wort-Anzeigen das fertige Drucke Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.
Zustellung: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4640, 4622

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Zentrum der deutschen Reaktion

Die außerordentliche Gefahr!

Paris, 7. Februar.
„Petit Parisien“ spricht von der lebhaften Agitation, die in ganz Deutschland herrsche, um die offizielle Weigerung der deutschen Regierung, die der Staatsrat hinsichtlich des Pariser Abkommens bestätigt habe, zu verstärken. Das Blatt spricht namentlich von der Lage in Bayern, das das Zentrum der deutschen Reaktion geworden sei. Die bayerische Regierung wolle weder in der Entwaffnungsfrage, noch in der Reparationsfrage nachgeben. Sie sagt nicht ohne Berechtigung, wenn Deutschland nicht entwaffnet sei, werde es um so stärker sein, die Reparation verweigern zu können. Angesichts der allgemeinen Erregung beschäme man, daß die Offiziere der Kontrollkommission das Opfer neuer Angriffe würden, wenn die Regierung nicht einschreite, und sie scheine dazu nicht geneigt. Dann müsse man sich fragen, wann die Konferenz von London stattfinden und ob sie überhaupt stattfinden. Die alliierten Regierungen können sich schon jetzt darüber beraten.

Bayerische Kampfanfrage

Aus Nürnberg wird uns geschrieben:
Die Reichstagsfraktion der bayerischen Volkspartei gehört zu den Parteien, für die der Abgeordnete Schiffer am 2. Februar im Reichstag eine Erklärung abgegeben hatte, in der es hieß: „In der Entwaffnungsfrage werden wir die von uns übernommenen Verpflichtungen im Geiste loyaler Auslegung ausführen.“ Es wurde dann lediglich Verwahrung eingelegt gegen diejenigen Entschlüsse, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag verstößen sollen, im übrigen aber das Schwerkriegsprotokoll auf die harten wirtschaftlichen Forderungen gelegt. Nach dieser Erklärung konnte derjenige, der mit den bayerischen Verhältnissen nicht vertraut ist, zu der Überzeugung kommen, als ob sich die bayerische Volkspartei in der Entwaffnungsfrage umgestellt habe. Für die Reichsregierung war diese Zustimmung der bayerischen Regierungspartei in der Frage der Entwaffnung eine wesentliche Entlastung, und es sah so aus, als ob man dadurch in Berlin in die Lage versetzt werde, die inneren Schwierigkeiten zu meistern.

Die Situation ist seit Freitag umgeschlagen. Die bayerische Volkspartei hat durch eine Rundschreiben die Zustimmung zur Entwaffnung zurückgezogen und gleichzeitig Berlin den Kampf angefangen. Die Ausführungen stellen ein Meisterstück jesuitischer Sophisterei dar und drehen die von Schiffer abgegebene Erklärung ins direkte Gegenteil um. Es heißt unter anderem:

„Daß die von Schiffer abgegebene Erklärung nicht im Sinne eines Zurückweichens der Reichsregierung in der Einwohnerwehrrage gedeutet werden darf, geht schon daraus hervor, daß die Reichstagsfraktion der Bayer. Volkspartei ihre Zustimmung zu dieser Erklärung gegeben hat. Unsere Reichstagsfraktion, der die Auffassung der bayerischen Regierung und der bayerischen Landtagsfraktion bekannt ist, hätte nie ihre Einwilligung zu einer Erklärung gegeben, welche irgendwem an dem vorläufigen Weiterbestehen unserer bayerischen Einwohnerwehren rütteln würde. Der Außenminister Simons hat in seiner Erklärung angekündigt, daß er demnächst mit den Länderregierungen nochmals Rücksprache wegen der Entwaffnung pflegen will. Soweit es die bayerischen Einwohnerwehren anbelangt, so darf diese Äußerung wohl nur so aufgefaßt werden, daß sich der Außenminister noch einmal von der unveränderlichen Auffassung der bayerischen Regierung überzeugen will, um ein entsprechendes Argument für seine Antwort an die Entente zu besitzen. Eine Reichsregierung, die in diesem Punkte vor ihrer eigenen, öffentlich vor aller Welt vertretenen Auffassung jetzt abweichen würde, würde eine Spannung zwischen Bayern und dem Reiche hervorrufen, die unlagbar traurig wäre in einer Stunde, wo Deutschland wie ein Mann dastehen muß.“

Dieser Umfall der bayerischen Volkspartei schafft eine vollständig neue Lage, weniger für Bayern — denn hier hat man keine andere Stellungnahme erwartet — als für das Reich und die Reichsregierung. Mit hereingefallen sind nur die nordbayerischen Demokraten, die unter der Voraussetzung restloser Zustimmung zur Schiffer'schen Erklärung die gemeinsamen Rundschreibungen mit dem bayerischen Zentrum veranfaßt haben. Die christlichen Gewerkschaften aber haben sich am 29. Januar in einer Konferenz in München von der Heimischen Politik der bayerischen Volkspartei losgesagt.

Wie kam es nur zum Umfall, der für den Bestand der bayerischen Volkspartei keineswegs gleichgültig ist? Denn der 29. Januar bedeutet die Kampfanfrage der christlichen Arbeiter gegen die reaktionäre Zentrumspolitik in Bayern und der Umfall selbst die Unterordnung unter das Diktat von Orgesch und — Moskau. Der Nationalist Escherich und der Kommunist Gras bestimmen zurzeit die Münchener (nicht die bayerische) Politik. Und die bayerische Volkspartei sitzt zusammen mit dem Herrn von Kahr nicht übel in den Kesseln. Sie hat nicht nur das Reich, nicht nur Nordbayern, sondern ein gut Teil der eigenen Parteigenossen gegen sich.

Die schwere Krise im bayerischen Zentrum und seiner Regierung kann nur dadurch gelöst werden, daß es Herrn Kahr jetzt in Berlin gelingt, eine Reichsregierung nach seinem Willen zu schaffen. Bleibt die Reichsregierung fest, dann ist der Bruch fast unvermeidlich und Herr Kahr muß — gestützt auf Münchner Studenten und Kommunistenführer — zunächst die Rolle eines deutschen d'Annunzio in Südbayern spielen. Denn Nordbayern denkt gar nicht daran, seine Industrie durch eine Kohlenblockade des Ruhrgebiets stilllegen zu lassen. Die deutsche d'Annunziade wird ihre Grenze nicht am Main, sondern an der Donau finden.

Die Konferenz mit den Staats- und Ministerpräsidenten, unter denen sich auch Herr von Kahr befand, hat am Sonnabend in Berlin getagt. Nach dem amtlichen Bericht sollen sämtliche Anwesenden mit der Stellung des Reichskabinetts einverstanden erklärt haben. Ist nun Herr von Kahr wieder umgefallen oder hat sich die Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage dem Diktat Bayerns gebeugt? Der Außenminister Dr. Simons, der in der Ministerkonferenz über die Bedeutung der Ententeforderungen sprach, hat sich im Reichstag für die Erfüllung der Entwaffnungsbedingungen eingesetzt. Steht er auch heute noch auf diesem Standpunkt oder ist er den Organen der Presse, die im Reichskabinett sehr stark sind, unterlegen? Dann hätte Herr Kahr gestimmt! Die amtliche Auslassung über die Ministerkonferenz ist jedenfalls so nichts sagend, daß es uns angeht, der ganzen ersten Lage dringend geboten erscheint, die Öffentlichkeit etwas eingehender zu informieren. Sie hat ein Recht darauf, zu wissen, ob Kahr oder Simons die äußere Politik bestimmt!

Phantastische Ziffern

Die englische Presse zur Rede Lloyd Georges

London, 7. Februar.
Die gesamte Presse nimmt zu Lloyd Georges Rede in Birmingham Stellung. Die Blätter stimmen der Rede zu. „Observer“ schreibt, das ganze Land stehe fest hinter Lloyd George bei seiner Forderung, daß Deutschland alles zahlen müsse, was es ohne Schaden für die gesamte europäische Gemeinschaft zahlen könne. Deutschland dürfe nicht den schweren und törichtsten Fehler einfacher Ablehnung begehen. Die volle Summe, die Deutschland zahlen könne, müsse jedoch nicht diktiert, sondern von den Alliierten und deutschen Sachverständigen in gemeinsamer Arbeit festgestellt werden. Deutschland werde für die Bezahlung der Entschädigung dadurch, daß es an ihrer Abschätzung teilnehme, vor der Welt die Verantwortung übernehmen. Groteske Ziffern und märchenhafte Entschädigungen machten nur ihre Urheber zum Spott. Das Ziel der Reparation sei Gerechtigkeit, jedoch praktische und nicht theoretische Gerechtigkeit. Der augenblickliche Reparationsplan, der ebenso wie der Friedensvertrag der annähernde Plan eines kleinen Ausbusses sei, werde niemals als Werkzeug für das dienen, was beabsichtigt war. Die in dieser Beziehung herrschenden Meinungsverschiedenheiten seien jedoch Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Methode. Der Grundsatz sei klar und anerkannt. Deutschland könne in die kooperative Gemeinschaft der Reparation nur als mitarbeitender Teil eintreten. Es dürfe die Neuherungen der Verunft nicht als Zeichen der Schwäche auslegen. Deutschland würde am allerwenigsten aus den Folgen des Verschwindens der englisch-französischen Entente Nutzen ziehen. Die Simons von Lloyd George gezeigte Anerkennung bezeichnet „Observer“ als gerecht.

In demselben Sinne schreibt „Daily News“. Das Blatt fährt aus, Simons, dem Lloyd George eine verdiente Anerkennung habe zuteil werden lassen, habe anerkannt, daß Deutschland verpflichtet sei, den Alliierten nach dem vollen Maße seiner Leistungsfähigkeit Entschädigung zu leisten. Simons würde seinem Lande einen schlechten Dienst erweisen, wenn er die Einladung zur Londoner Konferenz ablehnen würde. Von der Art der bevorstehenden Londoner Konferenz hänge die gesamte Haltung Deutschlands ab. Die Pariser Ziffern bezeichnet das Blatt ebenfalls als phantastisch. Der Vertrag könne nur durch die Leistungsfähigkeit Deutschlands festgelegt werden, die niemand, auch nur für zwei Jahre, voraus beurteilen könne.

Die „Morning Post“ giebt dem deutschen Minister des Auswärtigen Rat, die Ansichten der Gegner der englischen Regierung nicht als maßgebend anzunehmen. Kein einziger dieser Gegner würde mit dieser Stellungnahme eine Erfahrung gewinnen oder eine einzige Stimme im Unterhaus erhalten. Das Blatt hebt hervor, daß Simons noch nichts beschlossen habe.

Der Reichwehrrat. Nach einer Veröffentlichung des Reichwehrrats sind Soldaten, die den Nachweis der Berechtigung zur Führung des Doktor-Titels beigebracht haben, auf ihren Antrag in allen dienstlichen Schriftstücken, Ranglisten usw. unter Beifügung dieses Titels in der üblichen abgekürzten Form vor dem Namen, hinter der militärischen Dienstgradbezeichnung zu führen.

Das Riesengeschäft

In der Reichskasse herrscht fürchterliche Ebbe. Da die Besitzenden sich mit allen Mitteln ihrer Steuerzahlung zu entziehen wissen, werden die Finanzen des Reiches von Monat zu Monat trostloser, ohne daß aber die Regierung die Besitzenden zwingen würde, nach ihrem Können zu den Staatslasten beizutragen. Sie begnügt sich damit, jede soziale und kulturelle Forderung, die Anforderungen an die Reichskasse stellt, für unmöglich zu erklären. Weder für eine ausreichende Fürsorge der Kriegsbeschädigten oder der Erwerbslosen geschweige denn für eine großzügige Fürsorge für die Hunderttausende von unterernährten und der völligen Verelendung nahen Kinder, ist Geld vorhanden. Jede derartige Forderung wird abgelehnt, angeblich, weil die Mittel fehlen, wobei sich sogar die Rechtssozialisten herbeilassen, dieses Argument als für ihre Stellungnahme entscheidend anzuerkennen.

Aber für die Forderungen einer Erwerbslosenfürsorge ist Geld vorhanden. Die Agrarier brauchen nur zu schreien, um sofort der Erfüllung ihrer Forderungen durch Regierung und sämtliche bürgerliche Parteien gewiß zu sein. Angezählte Milliarden sind ihnen in diesem Jahre an Liebesgaben gewährt worden. Die Landwirtschaft schwimmt im Ueberfluß. Sie beutet die Notlage der Massen rücksichtslos aus. Sie bestiehlt den Staat und das Reich um die ihnen zukommenden Steuerbeträge. Noch heute herrscht der alte zum Himmel schreiende Zustand, daß der große Landwirt geringere Steuerbeträge leistet als der Arbeiter, der Lehrer oder vielfach sogar seine Dienstmagd.

Die Zwangswirtschaft für Getreide steht nur noch auf dem Papier. Die Landwirte leisten der Ablieferung aktiven und passiven Widerstand. Nur ein ganz geringer Teil des heimischen Brotgetreides wird an die Behörden abgeliefert. Der größere Teil wandert in den Schleichhandel oder wird veräußert. Die Brotversorgung der städtischen Bevölkerung kann nur aufrechterhalten werden durch außerordentlich erhebliche Einfuhren von Auslandsgetreide. Dafür aber muß die Reichskasse fast 6 Milliarden Mark aufwenden, während bei ordnungsgemäßer Ablieferung durch die Landwirte höchstens ein Drittel dieser Summe nötig wäre.

Trotzdem werden den Landwirten auch noch andere Liebesgaben gewährt. Wie wir bereits berichtet haben, hat der Reichstag kürzlich beschlossen, 1½ Milliarden Mark für die Verbilligung von Mais für die Landwirte aufzuwenden. Angeblich soll damit die Steigerung der Ablieferung des inländischen Brotgetreides erreicht und der Gefahr der Verfüllung vorgebeugt werden. Das dürfte aber nicht erreicht werden, weil nach wie vor die Verfüllung des Brotgetreides an Schweine für die Landwirte viel lohnender ist als die Ablieferung. Sie erzielen auf diese Weise eine vierfach höhere Verwertung. Bei einem Getreidepreis von 75 M. für den Zentner dürfte der Preis für lebende Schweine nicht höher sein als 400 bis 425 M. pro Zentner. Statt dessen haben wir Preise von 1600—1700 M. für einen Zentner Lebendgewicht. Bei solchen Preisen ist sogar die Verfüllung von ausländischem Mais noch lohnend.

Aber obwohl die Einfuhr von Mais vollkommen frei ist, fiel es den Agrariern gar nicht ein, Mais an die Schweine zu verfüttern. Denn der Zentner Mais kostete 150 M., während das Brotgetreide für 75 Mark abgegeben werden mußte. Die Agrarier dachten gar nicht daran, erst für die Menschen zu sorgen, sie ließen ihr Handeln nur bestimmen von der Sorge um ihren Geldbeutel und verfütterten rücksichtslos das Brotgetreide.

In seiner Ohnmacht gegenüber den Landwirten sah der Reichsernährungsminister keinen anderen Ausweg als den Vorschlag, den Landwirten den Mais billiger anzubieten als das Brotgetreide abgeliefert werden muß. Im Hauptausfluß des Reichstages aber haben die Agrarier es glänzend verstanden, aus dieser Verbilligungsaktion ein Riesengeschäft zu machen. Auf Antrag Roschkes, des gerissenen Führers der Landwirte, wurde nämlich beschlossen, den Landwirten für einen Zentner abgeliefertes Brotgetreide 1½ Zentner Mais zu verabfolgen. Das Reich muß für 1½ Zentner Mais etwa 225 Mark bezahlen und erhält dafür jezt 1 Zentner Getreide, für den bisher 75 Mark bezahlt werden mußte. Da Mais als Futtermittel annähernd denselben Wert besitzt wie Getreide, so bekommen die Landwirte durch diese Verbilligungsaktion einfach einen um 50 Prozent höheren Preis für ihr Getreide. Die selbstverständliche Pflicht, das von der Reichsgetreidestelle beschlagnahmte Brotgetreide abzuliefern, verbinden die Agrarier also mit einem unerhörtem Raubzug auf die Taschen der Steuerzahler. Sie begnügen sich keineswegs damit, Brotgetreide gegen Mais auszutauschen, sie verlangen vielmehr noch einen Zuschlag von 50 Prozent. Die Landwirte erhalten damit bereits jezt einen Preis für ihr Getreide, der nur wenig hinter dem Weltmarktpreis zurückbleibt.

Die in Aussicht stehende Preiserhöhung für Brotgetreide, die in der bekanntesten Hinterlist aber erst einen Tag nach den Preußenwahlen beschlossen werden soll, ist damit bereits jezt praktisch durchgeführt.

Denn das Reich muß jetzt bereits für die Beschaffung von Brotgetreide 50 Prozent mehr als bisher aufwenden. Rechnet man nämlich auf 2 Zentner abgeliefertes Getreide einen Zentner eingeführtes Getreide, so ergibt das einen Durchschnittspreis von 150 Mark, während jetzt 225 Mark dafür bezahlt werden müssen. Kommt auf diese Weise die Einfuhr von Brotgetreide in Fortfall, dann wären den Agrariern auf Kosten der Allgemeinheit durch diese Transaktionen 1/2 Zentner Kraftfutter für jeden Zentner abgeliefertes Getreide geschenkt worden. Es wäre nur recht und billig, wenn dafür die Regierung von den Agrariern die Lieferung der Schweine zum halben Preise wie bisher verlangte und durchsetzte. Wir werden aber vergeblich darauf warten. Neben der Verzehrung des Kartoffelpreises, der Verzerrung der Vieh- und Fleischpreise haben die Agrarier nun glücklich erreicht, daß sie den dreifachen Preis für Brotgetreide erhalten. Möchten doch alle Preußenwähler an diese schamlose Krönung des Raubzuges der Agrarier denken und am 20. Februar den Agrariern und ihren Helfershelfern, den bürgerlichen Parteien, durch Abgabe eines U. S. P. D.-Stimmzettels die gebührende Antwort erteilen.

Der schamhafte Wirth

Dem Finanzminister Wirth ist die Veröffentlichung seiner Absichten über den neuen Raubzug mit indirekten Steuern recht unangenehm. Natürlich kann er nicht in Uebereinstimmung mit dem bereits im Stenografischen Reichstages und bei anderen Gelegenheiten verkündet hat, daß er eine Erhöhung der indirekten Steuern, insbesondere der Kohlensteuer, der Umsatzsteuer und der Zundersteuer plant. Aber genau wie sein Kollege Hermes will er nur nicht, daß diese Tatsache vor den Preußenwahlen bekannt wird. Die Massen sollen nicht wissen, daß sie an diesem Tage auch zu entscheiden haben, ob sie die Lasten ausbringen sollen, die zu tragen die Besitzenden unter der wohlwollenden Duldung der Regierung weigern. Er läßt deshalb erklären, daß ein Beschluß über die neuen indirekten Steuern noch nicht gefaßt ist. Er kann aber nicht bestreiten, daß er sie plant in dem Augenblick, in dem die Besitzenden die Besitzsteuer mit aller Macht abzubauen suchen. Wähler! Gebt dieser unerhörten Absicht, am 20. Februar die verdiente Antwort.

Die Hüter des Profits

Bei dem Rennen um die Gunst der Arbeiterschaft bemühen sich namentlich die sogenannten Demokraten, den anderen bürgerlichen Parteien den Rang abzulaufen. Da ist man zu gewissen sozialen Scheinreformen bereit, gibt sich republikanisch und antimilitaristisch und hofft auf diese Weise manchen wenig geschulten Arbeiter und namentlich Kleinbürger für die alte „fortschrittliche Volkspartei“ einzufangen. Von welchem Geiste aber auch diese, immerhin am weitesten links stehende bürgerliche Partei geleitet wird, ersieht man am besten aus dem, was die Demokraten selbst von ihrer Partei sagen. In einem ihrer Flugblätter heißt es:

„Ihr grundsätzliches Festhalten an dem System der Privatwirtschaft hat unreihe Sozialisierungs- und kommunistische Experimente verhindert und den Abbau der Zwangswirtschaft beschleunigt.“
Die Arbeiterschaft weiß, daß eine Besserung der wirtschaftlichen und allgemeinen Lage nur durch Beseitigung der Privatwirtschaft möglich ist, daß der Abbau der Zwangswirtschaft die Notlage der werktätigen Bevölkerung ins Unerträglichere gesteigert hat. Sie wird daher bei den kommenden Wahlen diesen Hütern des Profites die gebührende Antwort geben und geschlossen für die Partei stimmen, die allein ihre Interessen wirksam vertritt, für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Der Mob wird lebendig!

In München fand am Sonntag auf dem Odeonsplatz vor der Feldherrnhalle eine Protestversammlung gegen die Entente-forderungen statt. Etwa 20 000 Menschen fanden dicht gedrängt und lautstark, wie der Telegraph meldet, der Ansprache des Obersten v. Krieger, der mit den Worten schloß: „Lieber

Herren, als als Sklaven der Entente verderben!“ Nach Abfindung des Deutschland-Liedes und der „Macht am Rhein“ bildeten sich zwei Demonstrationzüge, die sich zum Hotel Vier Jahreszeiten, dem Quartier der Ententemissionen, begaben, wo sie wasserläufige Lieder sangen, um sich dann ruhig aufzulösen.

In Nürnberg demonstrierte vor dem Hotel der belgischen Abnahmekommission eine größere Menge von Teilnehmern einer vorher abgehaltenen Protestversammlung gegen die Forderungen der Entente. Die Geschäftslieferung des Hotels ließ zur Beruhigung der Demonstranten die schwarz-weiße rote Fahne aufziehen, worauf sich die Menge ohne weitere Zwischenfälle verließ.

Das steht beinahe wieder so aus wie im Juli 1914. Aber der Hölle, der heute auf den Straßen nach Krieg schreit, soll sich gelagert sein lassen, daß er nicht wieder jene Gefolgschaft finden wird wie in den erlösten Zuständen. Das Proletariat, noch der Opfer müde, wird jeden Versuch, es wieder auf die Schlachtbahn zu treiben, mit den entsprechenden Gegenmaßnahmen beantworten.

Festungen eine Lebensfrage?

Sämtliche bürgerlichen Parteien der Stadt Königsberg haben an den deutschen Außenminister sowie den Reichstagspräsidenten folgendes dringendes Telegramm gerichtet:

„Die Aufrechterhaltung der vollen Befähigung der ostpreussischen Festungen ist eine Lebensfrage für unsere Provinz. Dagegen verlangt einmütiges Eintreten der Regierung und des Reichstags für seine Forderung.“

Am gleichen Tage erklärte der Reichstagspräsident Lobe im Reichstag:

„Der Fremde, der unser Land besucht, soll nicht glauben, daß das Leben, das er in den Hauptstraßen, in den ersten Hotels und vornehmsten Restaurants unserer Großstädte hindurchzuleben sieht, das normale Volksleben sei.“

Rein, weite Versammlung, dort, wo von 650 Gemeindeführern 400 kein Hemd mehr auf dem hageren Körper tragen, dort, wo Nachtis und Tuberkulose ihre Opfer suchen, dort, wo die Mutter mit ihrem Herzen die Bitte des Kindes nach einem zweiten Stückchen Brot abschlagen muß, wo hunderttausende Obdachlose ein Obdach suchen, dort, dort, dort, dort, dort vernichtet jeder Tag einen Teil unserer Volkstraßen, die erste Vorbedingung für den Wiederaufbau und die Möglichkeit für die Erfüllung maßvoller Wiederherstellungsforderungen.“

Die Regierung wird also zeigen können, welches ihr als die dringendere Lebensfrage erscheint: die Erhaltung von Festungen oder die Erhaltung des deutschen Volkes. Solange jedenfalls die Mehrheit unserer Gemeindeführer kein Hemd auf dem Leibe trägt und nur einen Seuchensherd für Nachtis und Tuberkulose bildet, ist jeder Pfennig, den das Reich für andere Zwecke als für die Rettung der vom Verderben bedrohten Menschenleben ausgibt, ein Verbrechen am deutschen Volke.

Weißer Terror in Lettland

Aus Riga wird uns geschrieben:
Der in der letzten Zeit in Lettland öfters hervorgetretene reaktionäre Terror hat sich erneut in den folgenden Schandthaten Luft gemacht:

In Libau drang am 15. Januar in eine von den Sozialdemokraten am Vorabend der Stadtahlen einberufene Massenversammlung ein Haufen von ungefähr 100 bewaffneten Kabaubrädern ein, umlagerte die anwesende Sicherheitspolizei und überfiel dann die wehrlose Versammlung, wobei Schüsse abgegeben wurden und die in Panik fliehenden Zuhörer von der Galerie aus mit Stühlen beworfen wurden. Mehrere Personen, auch Frauen und sogar Polikisten, sind von der tierischen Bande schwer mißhandelt worden. Das anwesende Lettische Stadthaupt, A. Buchewich, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Lettlands, ist zu Boden geworfen und geschlagen worden, bis er mit 15 Kopfwunden bewußtlos in reinem Blute liegen blieb.

Nach vollendeter Arbeit begab sich die Bande zu den anderen Massenversammlungen und bedrohte da sogar die Rednerinnen, die im ganzen Volke verehrte große lettische Dichterin Apasia und die Führerin der Sozialdemokratischen Frauenbewegung Frau Klara Kalnin — beide Mitglieder der Konstituante.

Wie die Parteileitung in einer entsprechenden Rundgebung konstatiert, stehen diese Ereignisse durchaus nicht vereinzelt da, sondern sind der Ausdruck eines bestimmten reaktionären Kampfsystems, gerichtet gegen die Demokratie und die Arbeiterschaft. Im gleichen Zeichen standen das Verbot der „Arbeiterzeitung“ in Libau, der Überfall auf den Parteitag, die

Attentate gegen sozialdemokratische Massenversammlungen und gegen einzelne sozialdemokratische Führer. Dieses System wird gefördert und unterstützt durch die derzeitige Regierung, die einen Bürgerkrieg provozieren will und — in Ausnutzung des unendlich ausgedehnten Kriegszustandes — die Diktatur einer reaktionären Clique anstrebt.

Die ununterbrochen unter dem Hochdruck des reaktionären Terrors stehenden Wahlen der Libauer Stadterverwaltung haben einen anormalen Sieg der äußeren Reaktionen gezeitigt. Fast 50 Prozent der Stimmlosen der lettischen Christlich-Nationalen und den reaktionären Elementen der deutschen und jüdischen Bourgeoisie zu. Die lettischen bürgerlichen Mittelparteien haben nur 10 Prozent erhalten, die Arbeiterparteien 40 Prozent.

Die 40 Prozent der Bevölkerung bildende sozialdemokratische Wählerkraft stellt zweifellos einen ausschlaggebenden politischen Faktor dar, als die durch die Kirchenpropaganda der Christlich-Nationalen eingeschüchterten alten Weiber und das durch Terror, Lügenpropaganda und Korruption herbeigeholte Gesinnungsgefindel der reaktionären Wählerkraft. Es ist daher unbegreiflich, worauf die Reaktionen mit ihrem wahnwitzigen zum Bürgerkrieg provozierenden Gebahren letzten Endes bent. Nicht weniger wahnwitzig ist auch das Treiben dieser angeblichen „Staatsverhaltenden Ordnungselemente“ in seiner außenpolitischen Wirkung. Ist doch die Lettlandsche Republik — wie nicht leicht die Bermund-Affäre zeigte — in ihrem Kampfe um die Selbstbestimmung, der naturgemäß ein demokratischer Kampf gegen die internationale Reaktion ist, gerade auf die Sympathien des internationalen Sozialismus angewiesen. Die in Lettland sich breitmachenden Hottin-Ungarn-Methoden sind aber wenig geeignet, diese Sympathien aufrecht zu erhalten.

Der Geist der R. V. D.

Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Die von den Unabhängigen am Sonntag vormittag im Schumann-Theater einberufene Versammlung nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Es hatten sich hier eine erhebliche Anzahl Kommunisten eingeschunden, welche die Versammlung planmäßig störten und den Referenten Robert Dühmann endausend unterbrachen, sobald der Redner zeitweise nicht zu verstehen war. Die Redner sprachen und schrien. Man warf Feuerwerkkörper auf die Bühne und einmal wurde sogar von der Galerie aus geschossen. Es waren blinde Schüsse; niemand wurde verletzt. Als Dühmann schließlich zu Ende war, wurde die Versammlung geschlossen. Dagegen opponierten die Kommunisten. Als ein Kommunist auf dem Podium erschien und sprechen wollte, wurde er abgewiesen. Hierauf gab es neuen großen Tumult. Noch auf der Straße legten sich, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, die erregten Szenen fort.

Stichwahl im Holzarbeiterverband

Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes erhielten an Stimmen:

Liste Freigang-Boese (U. S. P. D.) . . . 5783
Liste Springer-Viesle (R. A. P. D.) . . . 5586
Liste Siefeld-Gernoth (S. P. D.) . . . 5007

Es ist also eine Stichwahl notwendig zwischen den Listen Freigang-Boese und Springer-Viesle. Der Kampf beginnt von neuem. Die Rüstungen müssen sofort eingeleitet werden. Die Kommunisten, die sehr angreifbar den Kampf geführt haben, sind in eine Verteidigungsstellung gedrängt, und unsere Parteigenossen müssen sofort die Agitation von neuem aufnehmen und alles daran setzen, daß die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes nicht in die Hände der Reaktion fällt, deren Vertreter wir täglich an ihren Taten kennzeichnen müssen als Verderber der Organisationen der deutschen Arbeiterklasse.

Die Arbeitslosigkeit in England

Utd. Tel. London, 5. Februar.

In der am 28. Januar endenden Woche lag die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen um 61 371 auf 1 059 800. Hierzu muß nach Berechnung des „Daily Herald“ noch eine weitere Million Arbeitslosen gerechnet werden, die nicht eingeschrieben sind, so daß die Zahl der Arbeitslosen über 2 000 000 beträgt. Von diesen sind 6 Millionen Frauen und Kinder abhängig, so daß nach dem „Daily Herald“ 8 Millionen Personen infolge der Arbeitslosigkeit nahe am Verhungern sind.

Die kranke Liese

von Georg Herwegh

Diese postende weniger bekannte Schicht trägt Rosa Weisheit hat vor Arbeitern, denen ihre Hand golden sollte, vor Schilern in einem Cabaret. Eintritt mit Geld ab 200 M.

Weihnacht! Die kranke Liese schreiet
Durchs Faubourg hin in banger Nacht,
Sie hat zu Haus kein Bett bereitet
Für ihres Leibes erste Frucht.
So manches prunkt im Fürstensaale,
Den stolzer Kerzen Glanz erhellte,
Marsch, Liese, weiter, zum Spital,
Dort kommt das Volk zur Welt.

Du machst mir wirklich viel Beschwerden
Der Liebe Kind, ich dacht' es nie.
Das wird ein wilder Junge werden,
Der schon in meinen Träumen schrie.
Für eurer Prinzen zarte Nerven
Ist Daun' um Dame hochgeschwellt,
Ich muß in einer Grube werfen:
So kommt das Volk zur Welt.

Kläng' noch die Trommel unserm Wahne
Und wär' noch eine Fahne rein,
Der Lappen einer roten Fahne,
Er sollte deine Windel sein.
Du wärst getauft, eh seine Schafe
Ein Pfaffe dir zu Häupten hält.
Marsch, Liese, weiter, zum Spital,
Dort kommt das Volk zur Welt.

Wer wird so ungestüm sich melden?
Mein kleines Herz, du schlägst geschwind.
Nur noch zum Grabe jener Helden,
Die für das Volk gefallen sind.
Dort seh' ich in der Frührothelle
Die Freiheits-Säule aufgestellt;
Und nieder sink' ich auf der Schwelle:
So kommt das Volk zur Welt.

Dr. Antonius. Er war unter der Obhut streng katholischer Eltern in einem frommen oberbayerischen Städtchen aufgewachsen. Rom — Kloster: seinen Jugendtraum hatte er durchgelebt. Vater Antonius behag Temperament.

Seine gebogene Nase, sein durchdringender Blick, das bleiche, magere Gesicht mit den scharfen Zügen repräsentierte Kraft, innere Kraft.

Er peinigte sich mit Fasten, Arbeiten und Beten. Auf qualhartem Lager den abgehärmten Körper austrecken, war ihm Ruhe.

Aber immer mehr zitterte der Schall seiner Predigerstimme. Denn Vater Antonius sang.

Die düstere Mystik seiner Kirche, die ihn verführt zum freude-losen Dasein, die seine innere Kraft am Entfallen hinderte, hatte er heimlich gelüftet.

Er sah eine neue, wunderbare Welt.

Brennendes Verlangen marterte ihn.

Doch kämpfte die Macht aller Gewohnheiten hart mit Gedanken der Zweckmäßigkeit des Lebens.

Da kam die Revolution.

Und ja! — Die Königinstute floh.

Begeistert jubelte er von den Trümmern seines bisherigen Daseins: „Es lebe die Freiheit!“

Kräftig schwang er die rote Fahne! —

Hocherrätel! Dafür zehn Jahre Buße.

Mit finstern Blick, die Hände gemüthlich auf dem Rücken, machte Dr. Antonius auf dem langen, dämmerigen Korridor eines Landesgerichtsgefängnisses, das zugleich Festungshaus war, seine übliche Morgenpromenade.

Wieder war er am großen Fenster angelangt. Diesmal blieb er stehen und schaute ausatmend zum Himmel, plötzlich aber höchstintereßiert nach dem Hühnerhof.

Eine junge Untersuchungsgefangene, in Begleitung ihrer Wärterin, öffnete den Hühnerhof. Dr. Antonius stieg mit den Anken an zu schenken, nahm eine Pflanze und rieb sich die Nase. Gleich aber schaute er gebannt und scharf.

Der Hahn streckte ein Bein nach hinten und schlug mit den Flügeln. Er komplimentierte eine Henne.

Dr. Antonius öffnete vorsichtig das Fenster.

Denn der Hahn sah bereits der Henne auf dem Rücken und flüster ihr ins Ohr.

Die Henne nickte.
Befriedigt stieg der Hahn ab und lachte aus Leibesträften: „Allerlei!“
Die Augen des Dr. Antonius strahlten.

Herrhaft klatschte er Applaus: „Bravo! — Gut, gut!“ Nach dem riefte er sein freudeglänzendes Gesicht nach der jungen Gefangenen und warf ihr lächelnd eine Kuhhand zu.

Das Mädchen winkte kurz im Vorbeigehen.

Dr. Antonius schmunzelte.

Dann legte er seine Morgenpromenade fort. Und senktet „Ach, wie glücklich ist ein Hahn, wenn er Liebe führt!“

Festung Niederschönenfeld. Albert Daudikl

Theater-Rundschau

Zwei Stücke von Shaw

In der „Tribüne“ spielt man zwei Einakter von Shaw. Im „Mann des Schicksals“ demonstriert Shaw an der Figur des noch jugendlichen Generals Bonaparte, daß neben manchen anderen Eigenschaften auch eine ganz gehörige Portion Gemeinheit und die Fähigkeit, nicht nur durch Blut, sondern auch durch Dreck zu waten, dazu gehört, wenn man ein jüngerer „großer Mann“ werden will oder soll. Und da Bernhard Shaw, der wichtigste aller sozialistischen Dichter, es ist, der das demonstriert, es geschieht es mit Geist und Humor.

In „Blanco Posnets Erweckung“ erklingen ernste Töne. Ein Verdröble (die Sache spielt in Amerika vor etwa 70 Jahren) gibt auf der Flucht vor seinen Verfolgern sein Pferd einer fremden Frau, damit sie ihr krankes Kind noch rechtzeitig zum Arzt bringen kann. — Obwohl er selbst dadurch gelangen wird und tatsächlich an den Galgen kommt.

Was wird dadurch bewiesen? Daß auch ein Dieb ein Mensch, und unter Umständen ein guter Mensch ist. Daß ein Verbrecher manchmal mehr wert ist, als der „Recht-Verbrecher“. Daß man die Menschen nicht in „gute“ und „schlechte“, und ihre Taten nicht in „Verbrechen“ und „Recht-Verbrechen“ teilen kann; sondern daß „gut“ und „böse“, Edelmut, Wohlthät, Gerechtigkeit und Gütlichkeit und durch- und gegeneinander lebt und arbeitet. Und daß deshalb die Justiz, die die Menschen teilt in „Verbrecher“ und „Recht-Verbrecher“ und sie „bestraft“ oder nicht „bestraft“, daß diese beständige Justiz mit Gerechtigkeit nicht das allergeringste zu tun hat. Daß sie vielmehr den Verbrechern, die zu bekämpfen sie vorgibt, nur noch zwei Laster hinzufügt: die Anmaßung und die Heuchelei.

Was ist Gerechtigkeit? ruft der Verdröble unter dem Galgen. Und der Vorrichter antwortet mit der ganzen Würde seines Amtes: „Gerechtigkeit ist — daß man Verdröble hängelt.“ Wir hängen zwar keine Verdröble mehr. Aber diese Antwort ist trotzdem das ganze A und O unserer Justiz. Wir sind noch nicht weiter gekommen: „Gerechtigkeit ist — daß man Verdröble hängelt.“

Deutsche Schauspieler wissen den Stil Bernhard Shaws (der etwas von der vernünftigen Gelentigkeit und Genialität amerika-

